

StOAR Idel berichtet einführend über die wesentlichen Inhalte der Haushaltsgenehmigung des Landkreises Friesland.

RM Eggerichs merkt an, dass für das Jahr 2017 zunächst von einem Schuldenstand von 19,3 Mio. € angegangen wurde. Durch Verbesserungen ist nun von einem Schuldenstand von etwa 18,3 Mio. € auszugehen. Dies ist deutlich besser als die seinerzeit im Raum stehenden 20 Mio. €. Ebenfalls lag zu diesem Zeitpunkt bereits die Information vor, dass bisher nicht eingeplante Verkaufserlöse und mögliche Zuschüsse den Stand noch verbessern werden.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass ein Schuldenstand von über 20 Mio. € aus einer Sitzungsvorlage zu entnehmen war.

BM Böhling berichtet, dass die Verwaltung aktuell eine Maßnahmen-Liste ausgearbeitet hat. Demnach wird die Grenze von 17,5 Mio. € unter Einbeziehung verschiedener Maßnahmen eingehalten. Auch der Ergebnishaushalt weist in den jeweiligen Jahren ein positives Ergebnis aus. Somit sind die dort vorgesehenen Investitionen möglich. Für die Erweiterung Gewerbegebiet Branterei wird deutlich, dass dieses Gewerbegebiet benötigt wird. So gibt es bereits jetzt für etwa 30 % der Flächen konkrete Interessenten.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass der Schuldenstand in den Jahren 2017 – 2020 dennoch zu hoch ausfällt. Die Liste beinhaltet Maßnahmen, wie das Freizeitbad, welche nicht erforderlich sind. Wichtiger sind vielmehr die Schulen und Turnhallen.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene „Ersatzlösung“ hinsichtlich eines Schwimmbades ebenfalls Geld gekostet hätte.

RM Just teilt mit, dass gemäß der Haushaltsgenehmigung Personalaufwendungen in die Sparbemühungen einzubeziehen sind. Laut RM Just muss man auch bei den freiwilligen Leistungen schauen. So besteht ein hohes Einsparpotential im Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien. Die Höhe des Zuschussbedarfs für die Einrichtung steht in keinem Verhältnis zu der Anzahl der Nutzer.

RM Ottens verdeutlicht, dass der Personalkostenanteil der Stadt Schortens ohne die Kindertagesstätten bei 19 % liegt und sich dieser somit im Rahmen hält. Das Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Eventuell ist zu überlegen, ob unter Umständen das Konzept anzupassen ist. Sofern hier jedoch Einsparungen bei den Personalaufwendungen vorgenommen werden, wird es die schwächeren der Gesellschaft treffen.

BM Böhling unterstreicht, dass im Pferdestall starker Betrieb herrscht und er mit der Arbeit dort zufrieden ist. Weiterhin soll nun die Arbeit in den Ortsteilen und auch die Straßensozialarbeit intensiviert werden.

Ein reger Zulauf im Pferdestall wird auch von RM Riemer bestätigt.

RM Ostendorf erläutert, dass man die Einnahmen, wie beispielsweise Zuweisungen, nicht erhöhen kann. Aus diesem Grund muss man die Ausgaben betrachten und diese möglichst senken. RM Ostendorf schlägt daher vor, dieses Thema in der neuen Ratsperiode gemeinsam anzugehen.

RM Eggerichs teilt mit, dass man innerhalb der Wirtschaft wenig Einfluss nehmen kann. Durch verschiedene Bautätigkeit wird jedoch ein Anstieg der Grundsteuer erfolgen.

RM Homfeldt erläutert, dass die Verwaltung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion in Form einer detaillierten Liste gut geantwortet hat. Er spricht sich dafür aus, eine für eine öffentliche Sitzung überarbeitete Liste im nächsten Finanz- und Wirtschaftsausschuss auf die Tagesordnung zu nehmen und diese allgemein zu möglichen Haushaltsauswirkungen zu beraten.

RM Eggerichs macht deutlich, dass hierdurch keine vorgezogene Haushaltsberatung erfolgen soll.

RM Riemer spricht sich für eine detaillierte Beratung in den Fachausschüssen aus.

BM Böhling informiert, dass die Verwaltung zunächst vorsichtig rechnet und sich einige Zahlen, wie beispielsweise Baukosten, erst im Laufe der Planungen konkretisieren. Die nunmehr erstellte Liste zeigt auf, dass verschiedene Maßnahmen in den kommenden Jahren berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage von RM Ottens, wie es sich mit den Verkaufserlösen und den möglichen Zuschüssen bei der Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei im Vergleich zu den Baukosten verhält, erläutert StOAR Idel, dass ein Zuschuss mit max. 60 % der förderfähigen Kosten möglich ist. Zu diesen förderfähigen Kosten zählt beispielsweise auch der Grunderwerb, welcher bereits in Vorjahren getätigt wurde und somit schon in den Büchern vorhanden ist.

RM Homfeldt erkundigt sich nach dem Sachstand bei der Eröffnungsbilanz und wo es unter Umständen aktuell Schwierigkeiten gibt.

Hierzu teilt StOAR Idel mit, dass es die enormen Massen an umfänglichen Prüfpositionen – auch unter Berücksichtigung der anderen Kommunen – sind, welche mit dem vorhandenen Personal beim Rechnungsamt bearbeitet werden müssen. Man ist jedoch bei der Stadt Schortens sehr weit fortgeschritten und positiv gestimmt, dass die Prüfung dieses Jahr abgeschlossen werden kann. Anschließend müssen die Jahresabschlüsse durchgeführt werden.